

Schloss 1  
Postfach 276  
3800 Interlaken  
Telefon 031 / 635 97 70  
Telefax 031 / 635 97 71

## Gesamtbauentscheid

gemäss Art. 9 Koordinationsgesetz (KoG, BSG 724.1)

Gemeinde	Leissigen
Gemeinde-Nr.	585/2010-10
Bauherrschaft	Verein Panorama Rundweg Thunersee, vertreten durch Peter Dütschler, Höhweg 22, 3626 Hünibach
Bauvorhaben	<ul style="list-style-type: none"><li>- Bau einer Fussgängerhängebrücke über den Spissibach im Raum Leissigen</li><li>- Beidseits der Brücke neue Wegverbindung als Anschluss an das bestehende Wanderwegnetz</li><li>- Aufhebung des bestehenden Schluchtweges</li></ul>
Standort	Über den Spissibach, Parzellen Nrn. 191, 414 und 330, Koordinaten: 626'077/166'266
Zone	Landwirtschaftszone
Baugesuch vom	25.03.2010
Ausnahmen	<ul style="list-style-type: none"><li>• Bauvorhaben ausserhalb der Bauzone (Art. 24 RPG)</li><li>• Bauten im Wald (Art. 14 WaV)</li><li>• Bauten und Anlagen an oder über öffentlichem Gewässer (Art. 48 WBG)</li><li>• Eingriffe in geschützte Pflanzen (Art. 18ff NHG)</li></ul>
Schutzzone	Gewässerschutzzone B
Schutzobjekt	Nein
Gefahrengebiet	Nein
EWAP-Gemeinde	Nein
Öffentliche Auflage	15.04. bis 17.05.2010



Einsprache	Keine
Rechtsverwahrung	BKW FMB Energie AG, Engineering Netze, Leitungsbau, Bahnhofstrasse 20, 3072 Ostermundigen
Lastenausgleichsansprüche	Keine Anmeldung

## 1. Sachverhalt

- 1.1 Das Baugesuch wurde am 30.03.2010 bei der Gemeinde Leissigen eingereicht und nach Eingang beim Regierungsstatthalteramt im Amtsanzeiger vom 15. und 22.04.2010 sowie im Amtsblatt vom 21.04.2010 publiziert. Es gingen keine Einsprachen ein.
- 1.2 Mit verfahrensleitender Verfügung vom 12.04.2010 stellte der Regierungsstatthalter seine Zuständigkeit fest. Er holte die erforderlichen Amts- und Fachberichte ein, nämlich bei:
- Einwohnergemeinde Leissigen
  - Amt für Gemeinden und Raumordnung
  - Fischereiaufseher Beat Rieder
  - Jagdinspektorat des Kantons Bern
  - Abteilung Naturförderung
  - Obergeringenieurkreis 1
  - Waldabteilung 2 Frutigen-Obersimmental/Saanen
- 1.3 Innert der Auflagefrist ging die eingangs aufgeführte Rechtsverwahrung ein.
- 1.4 Am 01.05.2010 teilte der Fischereiaufseher mit, die fischereilichen Belange würden nicht tangiert. Das Fischereiinspektorat verzichte deshalb auf einen Amtsbericht.
- 1.5 Am 02.07.2010 teilte die Abteilung Naturförderung telefonisch mit, dass mit dem eingereichten Plan (E-Mail vom 17.06.2010) die Bedingung gemäss Pkt. 3.1 des Amtsberichts Naturschutz vom 09.06.2010 erfüllt werde.

## 2. Erwägungen

- 2.1 Gemäss Art. 2 des Baugesetzes (BauG, BSG 721) ist ein Bauvorhaben zu bewilligen, wenn es den bau- und planungsrechtlichen Vorschriften und den nach anderen Gesetzen für die Baubewilligung massgebenden Vorschriften entspricht, die öffentliche Ordnung nicht gefährdet und wenn ihm keine Hindernisse der Planung im Sinne von BauG Art. 36 und 62 entgegenstehen.
- 2.2 Rechtsverwahrungen dienen zur Anmeldung von privatrechtlichen Ansprüchen. Sie können ohne weiteres zur Kenntnis genommen und gegeben werden.

## 2.3 Ausnahmen

- Bauten im Wald (Art. 14 WaV)  
Die Ausnahmegewilligung wird gestützt auf den positiven Amtsbericht der Waldabteilung 2 Frutigen-Obersimmental / Saanen vom 07.05.2010 erteilt.
- Bauten und Anlagen an oder über öffentlichem Gewässer (Art. 48 WBG)  
Die Ausnahmegewilligung wird gestützt auf den positiven Amtsbericht des Oberingenieurkreises I vom 19.04.2010 erteilt.
- Eingriffe in geschützte Pflanzen (Art. 18ff NHG)  
Es wird auf den positiven Amtsbericht der Abteilung Naturförderung vom 09.06.2010 verwiesen.
- Bauen ausserhalb der Bauzone (Art. 24 RPG)  
Es wird auf die positive Verfügung des Amtes für Gemeinden und Raumordnung vom 07.07.2010 verwiesen.

## 2.4 Amts- und Fachberichte

Die eingegangenen Amts- und Fachberichte sowie Stellungnahmen der zuständigen Ämter lauten positiv und widersprechen sich nicht. Sie können ohne weiteres in den Gesamtentscheid integriert werden.

## 2.5 Prüfung von Amtes wegen

Die Prüfung der Baugesuchsakten hat ergeben, dass das Bauvorhaben die Voraussetzungen von Art. 2 Baugesetz erfüllt. Die Baubewilligung ist zu erteilen.

# 3. Entscheid

## 3.1 Gesamtbaubewilligung

Der Bauherrschaft wird die Gesamtbewilligung für das eingangs umschriebene Vorhaben erteilt. Diese Gesamtbewilligung umfasst:

- 3.1.1 Die Baubewilligung aufgrund des Baugesuches vom 25.03.2010 und den durch das Regierungsstatthalteramt Interlaken-Oberhasli am 13.07.2010 abgestempelten Plänen.
- 3.1.2 Die Ausnahmegewilligung für Bauten im Wald (Art. 14 WaV)
- 3.1.3 Die Ausnahmegewilligung für Eingriffe in geschützte Pflanzen (Art. 18ff NHG)
- 3.1.4 Die Wasserbaupolizeibewilligung

### 3.2 Weitere Verfügung gemäss Art. 9 Abs. 2 Bst. b KoG

Die Verfügung des Amtes für Gemeinden und Raumordnung vom 07.07.2010 betreffend Ausnahmebewilligung für das Bauen ausserhalb der Bauzone (Art. 24 RPG) liegt vor und wird zusammen mit diesem Entscheid eröffnet.

### 3.3 Auflagen

#### 3.3.1 Selbstdeklaration Baukontrollen

- Das Formular SB 1 ist vor Baubeginn bei der Gemeindebehörde Leissigen einzureichen. Vorher darf mit den Bauarbeiten nicht begonnen werden (Art. 1a Abs. 3 BauG).
- Die Bauherrschaft meldet der Gemeindebaupolizeibehörde den Zeitpunkt für die Schnurgerüstabnahme. Die Schnurgerüstabnahme erfolgt durch das Vermessungsbüro Wyss und Früh AG, 3800 Unterseen.
- Unmittelbar nach Bauvollendung ist der Gemeindebehörde Leissigen das Formular SB 2 unaufgefordert einzureichen.

#### 3.3.2 Abteilung Naturförderung vom 09.06.2010 / Naturschutz

##### *Rodung und Wiederaufforstung*

- Die Rodungsarbeiten dürfen nicht während der Fortpflanzungszeit der wildlebenden Säugetiere und Vögel (Mitte März – Mitte Juli) ausgeführt werden.
- Stechpalmen und Eiben dürfen entfernt noch beschädigt werden. Die Standorte der Widerlager sind dementsprechend zu verschieben.
- Es dürfen nur so viele Gehölze entfernt werden, wie es für die Ausführung der Bauarbeiten zwingend erforderlich ist. Der angrenzende Gehölzbestand darf dabei nicht beschädigt werden.
- Der Waldboden auf den Rodungsflächen ist vor den Erdarbeiten abzutragen, innerhalb der Rodungsfläche zwischenzulagern und bei der Rekultivierung des Terrains wieder fachgerecht einzubauen.

##### *Vor Baubeginn*

- Die Bauarbeiten dürfen nicht während der Fortpflanzungszeit der wildlebenden Säugetiere und Vögel (Mitte März – Mitte Juli) ausgeführt werden.
- Die Bauherrschaft hat die Bauunternehmung (inkl. Maschinenführer) über Inhalt und Wortlaut dieser Bedingungen, Auflagen und Hinweise ins Bild zu setzen.
- Bereits bei der Einrichtung der Baustelle sind die im Projekt vorgeschlagenen und die mit der Baubewilligung verfügbaren Schutzmassnahmen zu berücksichtigen und vollständig umzusetzen.
- Ausserhalb der in den Plänen bezeichneten Baubereiche bzw. Rodungsflächen dürfen keine Baupisten und Installationsplätze eingerichtet werden.



*Während der Bauphase*

- Bei Abweichungen von den Vorgaben der Baubewilligung oder bei unvermeidlichen Projektänderungen kontaktiert die Bauherrschaft die Baubewilligungsbehörden und die Fachstellen vor der Ausführung der Arbeiten.
- Ausserhalb der in den Plänen bezeichneten Baubereiche bzw. Rodungsflächen dürfen weder Bodenveränderungen vorgenommen noch Bau- und Erdmaterialien zwischendeponiert oder abgelagert werden.
- Die im Fachbericht vorgeschlagenen Massnahmen und die mit der Baubewilligung verfügbaren Schutz- und Wiederherstellungsmassnahmen sind im Rahmen der Bauarbeiten, aber spätestens bis zur Bauabnahme, vollumfänglich umzusetzen.
- Alle Kunstbauten und Einrichtungen im Bereich des aufzuhebenden Weges sind vollumfänglich aus der Landschaft zu entfernen und ordnungsgemäss zu entsorgen. Anschliessend ist der Weg zu sperren.

*Bis zur Bauabnahme*

- Nach Abschluss der Bauarbeiten sind die kantonalen Fachstellen mit einem Schlussbericht über die Umsetzung der Schutz- und Wiederherstellungsmassnahmen sowie der Auflagen der Baubewilligung zu dokumentieren. Dem Dokument ist eine tabellarische Übersicht über die Umsetzung aller Massnahmen und Auflagen und eine Fotodokumentation beizulegen.
- Die Fachstellen sind zur Bauabnahme einzuladen.

**3.3.4 Oberingenieurkreis 1 vom 19.04.2010 / Naturgefahren**

- Die Bauten, Anlagen und Vorkehren sind nach den eingereichten Plänen auszuführen.

**3.3.5 Oberingenieurkreis 1 vom 19.05.2010 / Wanderwege***Vor Baubeginn*

- Dem Oberingenieurkreis 1 und den Berner Wanderwegen ist vor Baubeginn eine Vereinbarung zwischen der Bauherrschaft und der Standortgemeinde bezüglich Eigentum, Betrieb und Unterhalt sowie Haftung zu unterbreiten.

*Planänderungen*

- Das Normalprofil ist so zu ändern, dass auf Geländerhöhe eine durchgehend konische Aufweitung von 1.30 m Breite gewährleistet ist.
- Zudem ist im Normalprofil aufzuzeigen, wie im Bedarfsfall das Geländer erhöht werden kann.
- Bei den beiden Brückenköpfen sind genügend grosse Warteräume mit Absturzsicherungen vorzusehen, so dass z.B. auch Gruppen gefahrlos warten können. Der Situationsplan ist entsprechend anzupassen.
- Die geänderten Pläne sind Oberingenieurkreis 1 vor Baubeginn zum Visum zu unterbreiten.

*Nach Baubeginn*

- Die Brücke muss zum Begehen stabil sein. Sie darf weder übermässig schaukeln noch schwingen. Das Begehen - namentlich auch von grösseren Gruppen - darf keine übermässigen Schwingungen oder Gefährdungen auslösen.
- Die Sicherheit für Wanderer auf der Brücke und ihren Zugängen muss jederzeit gewährleistet sein. Sofern dies nicht der Fall oder die Brücke unpassierbar ist (z.B. im Winter), muss sie in Zusammenarbeit mit den Berner Wanderwegen umgehend gesperrt werden (inkl. Sperrung bei den letzten Abzweigmöglichkeiten).
- Vorbehältlich einer anderslautenden Meinung der Standortgemeinde ist die alte Wegführung vollständig zurück zu bauen. Sämtliche Kunstbauten sind zu entfernen.
- Die Berner Wanderwege sind zur Bauabnahme einzuladen. Vom Protokoll der Bauabnahme ist uns eine Kopie zuzustellen.
- Sollte sich nach Inbetriebnahme zeigen, dass Wanderer Schwierigkeiten mit der Begehbarkeit haben oder sich gar beschweren, muss die Brücke "nachgerüstet" werden (z.B. Erhöhung des Geländers, Verbesserung der Stabilität, optische Verbesserung, Verbreiterung, etc.).

**3.3.6 Oberingenieurkreis 1 vom 19.04.2010 / Wasserbaupolizei***Während der Bauphase*

- Die Bauten, Anlagen und Vorkehren sind nach den eingereichten Plänen vom 15.04.2010 auszuführen.
- Die bestehende gewachsene Uferböschung darf weder beansprucht noch tangiert oder überschüttet werden (gilt auch während den Bauarbeiten). Der natürliche Uferbewuchs ist zu erhalten.

*Nach der Bauabnahme*

- Der nötige Zugang zum Gewässer muss für Unterhaltsarbeiten jederzeit gewährleistet sein.

**3.3.7 Waldabteilung 2 Frutigen-Obersimmental / Saanen vom 07.05.2010 / Bauten im Wald gemäss Art. 14 WaV**

- Zu fällende Bäume sind durch den Revierförster anzuzeichnen.
- Der Aushub des nördlichen Brückenkopfes ist fachgerecht einzubauen und anschliessend wieder zu bestocken. Dazu ist der Förster beizuziehen.
- Im Wald darf keine Zwischenlagerung oder Deponie von Bauschutt oder anderweitigem Material erfolgen.
- Der bestehende Waldrand darf nicht zurückgedrängt werden.

**3.3.8 Lärmempfindlichkeitsstufe**

- Das Bauvorhaben befindet sich in der Lärmempfindlichkeitsstufe III nach der Lärmschutzverordnung des Bundes (LSV) vom 15.12.1986 und GBR der Gemeinde Leissigen. Die Bedingungen der Lärmschutzverordnung sind einzuhalten.

**3.3.9 BKW FMB Energie AG vom 06.05.2010**

- Mindestens vier Wochen vor dem ersten Helikoptereinsatz hat der Gesuchsteller oder der Projektverfasser mit der BKW FMB Energie AG, Leitungsbau, Verbindung aufzunehmen, damit die Leitungsschaltungen koordiniert werden können.

**3.4 Rechtsverwahrung**

Die Rechtsverwahrung wird vorgemerkt.

**3.5 Kosten**

Die Kosten aller in diesem Gesamtbauentscheid zusammengefassten Verfahren werden der Bauherrschaft zur Bezahlung auferlegt und wie folgt festgesetzt:

Baubewilligung (Gesamtentscheid gemäss KoG Art. 9)	CHF	825.00
Gemeinde Leissigen	CHF	134.00
Amt für Gemeinden und Raumordnung	CHF	250.00
Naturschutzinspektorat	CHF	500.00
Oberingenieurkreis 1, Thun	CHF	760.00
Waldabteilung 2 Frutigen-Obersimmental / Saanen	CHF	200.00
Amtsblatt des Kantons Bern	CHF	172.90
Amtsanzeiger	CHF	557.80
<b>Total</b>	<b>CHF</b>	<b>3'399.70</b>

Die Rechnung folgt mit separater Post.

**3.6 Eröffnung****3.6.1 Mit A-Post**

- Verein Panorama Rundweg Thunersee, vertreten durch Peter Dütschler, Höhweg 22, 3626 Hünibach (mit Beilagen: abgestempelte gültige Baupläne; Kopien der Amts- und Fachberichte gemäss Ziff. 1.2; Ausnahmebewilligung des AGR nach Ziff. 3.2)

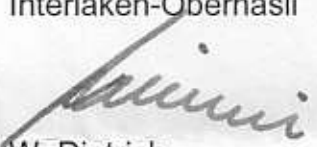
### 3.6.2 Mit B-Post

- Baupolizeibehörde der Gemeinde Leissigen, 3706 Leissigen (mit Beilagen: abgestempelte gültige Baupläne; Kopien der Amts- und Fachberichte gemäss Ziff. 1.2; Ausnahmegewilligung des AGR nach Ziff. 3.2)
- BKW FMB Energie AG, Engineering Netze, Leitungsbau, Bahnhofstrasse 20, 3072 Ostermundigen
- Amt für Gemeinden und Raumordnung, Nydegasse 11/13, 3011 Bern
- Jagdinspektorat des Kantons Bern, Schwand, 3110 Münsingen
- Amt für Landwirtschaft und Natur des Kantons Bern, Abteilung Naturförderung, Schwand, 3110 Münsingen
- Obergeringenieurkreis I, Schlossberg 20, 3601 Thun
- Waldabteilung 2 Frutigen-Obersimmental/Saanen, Höhweg 1c, Postfach, 3700 Spiez

### 3.6.3 Intern

- Rechnungsführerin RSTA-Interlaken-Oberhasli

Regierungsstatthalteramt  
Interlaken-Oberhasli



W. Dietrich  
Regierungsstatthalter



**Rechtsmittelbelehrung**

Dieser Gesamtbauentscheid sowie die Ausnahmegewilligung des Amtes für Gemeinden und Raumordnung gemäss Ziffer 3.2 können innert 30 Tagen seit der Eröffnung mit Baubeschwerde bei der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons Bern, Reiterstrasse 11, 3011 Bern, angefochten werden (BauG Art. 40).

Eine allfällige Beschwerde ist in vier Exemplaren einzureichen. Sie muss einen Antrag, die Angaben von Tatsachen und Beweismitteln, eine Begründung sowie eine Unterschrift enthalten; greifbare Beweismittel (insbesondere der angefochtene Gesamtentscheid) sind beizulegen (VRPG Art. 32).

Von der Bewilligung darf erst Gebrauch gemacht werden, wenn

- a) die Beschwerdefrist unbenutzt abgelaufen ist, oder
- b) alle zur Beschwerdeführung Berechtigten den Verzicht auf die Beschwerde erklärt haben, oder
- c) die zuständige Behörde den vorzeitigen Baubeginn gestattet hat.

**Hinweise**

Hinweise sind keine Nebenbestimmungen (Bedingungen und Auflagen) zur Baubewilligung, weisen aber auf gesetzliche Bestimmungen hin, welche bei der vorliegenden Baubewilligung Anwendung finden.

**Gültigkeit**

Die Baubewilligung erlischt, wenn innerhalb von drei Jahren seit ihrer rechtskräftigen Erteilung mit der Ausführung des Vorhabens nicht begonnen oder wenn die Ausführung während mehr als einem Jahr unterbrochen wird. Der Fristenlauf beginnt nicht oder wird gehemmt, wenn die Baubewilligung aus rechtlichen Gründen nicht ausgenützt werden kann und die Bauherrschaft die zumutbaren Schritte zur Beseitigung der Hinderung unternimmt. Nach Wegfall der Hinderung läuft die Frist noch mindestens ein Jahr.

**Merkmale**

Die Bauherrschaft wird ausdrücklich auf die Merkblätter hingewiesen, die dieser Bewilligung bzw. den Amtsberichten beiliegen.

**Obligatorische Bauversicherung**

Bauvorhaben über 20'000 Franken sind vom Bauherrn mit Baubeginn bei der Gebäudeversicherung des Kantons Bern zu versichern. Für Bauvorhaben, die diese Summe nicht erreichen, ist die Bauversicherung freiwillig. Anmeldeformulare sind bei der Gemeinde oder der Gebäudeversicherung des Kantons Bern, Papiermühlestrasse 130, 3063 Ittigen-Bern (Tel. 031 925'11'11) erhältlich.

**Archäologische Funde**

Bei archäologischen Funden ist der Archäologische Dienst des Kantons Bern, Brünnenstrasse 66, 3018 Bümpliz, zu verständigen (Tel. 031 633 98 22, Fax 031 633 98 20). Postadresse: Postfach 5233, 3001 Bern, e-Mail: [adb@erz.be.ch](mailto:adb@erz.be.ch). Wenn ein Fachbericht des Archäologischen Dienstes vorliegt, gelten die dort formulierten Bestimmungen.

**Amtliche Vermessung**

Die Baubewilligungsbehörde stellt der Nachführungsgeometerin oder dem Nachführungsgeometer eine Kopie der Baubewilligung unter Beilage einer Situationsplankopie zu (Art. 37 Abs. 3 BewD). Die Kosten für die Nachführung der Bauten, der Anlagen, der Rodungen und der Aufforstungen hat die Baubewilligungsnehmerin zu tragen (Art. 38 Abs. 2 lit. b Gesetz über die amtliche Vermessung [BSG 215.341]). Die Verrechnung der Nachführungskosten erfolgt unter Umständen erst einige Jahre nach Erteilen der Baubewilligung.

**Baulandumlegung**

Während eines Umlegungsverfahrens dürfen keine rechtlichen oder tatsächlichen Änderungen an Grundstücken des Umlegungsgebietes vorgenommen werden, welche die Umlegung beeinträchtigen können. Änderungen bedürfen der Bewilligung des Umlegungsausschusses, wo kein solcher besteht, der Bewilligung der zuständigen Gemeindebehörde (Art. 16 Dekret über die Umlegung von Baugebiet, die Grenzregulierung und die Ablösung oder Verlegung von Dienstbarkeiten [BSG 728.1]).

**Luftreinhaltung auf Baustellen**

Die Bauherrschaft sorgt dafür, dass die Baustelle gemäss einer guten, emissionsarmen Baustellenpraxis geführt wird. Insbesondere sind gestützt auf Ziffer 88 Anhang 2 der Luftreinhalteverordnung (SR 814.318.142.1) folgende Massnahmen der Baurichtlinien Luft (BauRLL) des BUWAL vom 1. September 2002 zu berücksichtigen (Massnahmen-Codes): A1, B2, B4, G1 - G7, G9, M1, M4, M11, M12, M15, T1 - T6, T8 - T10, T12 + T13 sowie V1.